

80. Jahrestag des Gedenkens der Opfer der Atombombenabwürfe auf Hiroshima am 06.08. und Nagasaki am 09.08.1945

Im August 1945 befahl der Präsident der USA, George Truman, die Anwendung von Atombomben erstmals in der Menschheitsgeschichte über besiedeltem Gebiet. Menschliche Schöpferkraft entartete zum Perversesten, was die Menschheit nun kennenlernen sollte.

Am 6. August, 08:15 Uhr, explodierte ca. 600 m über der japanischen Stadt Hiroshima mit einer Sprengkraft von 160 000 Tonnen TNT eine aus ca. 9600 m Höhe von einem US-amerikanischen Bomber abgeworfene, ca. vier Tonnen schwere Bombe aus angereichertem spaltbarem Uran 235. Am 9. August, 11:02 Uhr, zündete über der Stadt Nagasaki in ca. 500 m Höhe eine Plutoniumbombe mit einer Sprengkraft von 210 000 Tonnen TNT. Bis zu 4000°C-glutheiße Druckwellen rasten über die Städte, zerstörten und verbrannten blitzartig alles, was ihnen in den Weg kam. In Hiroshima starben ca. 140 000 Menschen, in Nagasaki ca. 74 000, überwiegend Zivilisten. Die Gesamtzahl der Opfer dieses für die Beendigung des Krieges nicht notwendigen Verbrechens betrug bis Ende 1945 insgesamt ca. 368 000 Menschen. Als Langfolgen traten in diesen Regionen vermehrt Leukämie, Krebskrankungen, Kindersterblichkeit, Fehlgeburten und Missbildungen bei Kindern auf. Menschenverachtend erhielten diese Bomben wegen ihrer unterschiedlichen Formen auch noch verniedlichende Namen: die für Hiroshima „Little Boy“, die auf Nagasaki nannte man „Fat Man“. Die USA wollten mit dieser Macht-demonstration gegenüber der Welt, besonders der UdSSR, die nach dem Sieg über den Hitlerfaschismus weltweit an Ansehen und Ausstrahlungskraft gewonnen hatte, ihren Anspruch auf Weltherrschaft geltend machen. Dafür mussten in wenigen Sekunden hunderttausende Menschen, darunter viele Frauen und Kinder, ihr Leben lassen! Militärische Stärke durch den Besitz der Atombombe wurde zum Instrument der Außenpolitik der USA.

Die UdSSR unternahm nun alle Anstrengungen, um ein Gleichgewicht der Kräfte auf militärischem Gebiet zu erreichen. Das schien notwendig zu sein, um den Schutz des Sozialismus zu sichern. Seit August 1949 war dann auch die Sowjetunion im Besitz der Atomwaffe. Der „kalte Krieg“, der von den Westmächten zur Eindämmung und Beseitigung des Sozialismus auf der Welt begonnen wurde, führte unter anderem auch zur Weiterentwicklung, Vervollkommnung und Verbreitung von Atomwaffen.

Die Gefahr, die von diesem weltweit großen Arsenal von Atomwaffen (heute existieren im Besitz von neun Staaten ca. 13000 Atom-sprengköpfe, davon sind ca. 2500 einsatzbereit) ausgeht, veranlasste 1968 die UdSSR, die USA und Großbritannien die internationale UN-Vereinbarung „Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen“ (Atomwaffensperrvertrag) zu unterzeichnen, die am 5. März 1970 in Kraft trat. 2015 hatten 95 Staaten diesen Vertrag ratifiziert, darunter auch die BRD. Er enthält die Verpflichtung, Atomwaffen vollständig abzurüsten und auf deren Erwerb zu verzichten. Er führte dazu, dass die Zahl der Atomwaffen verringert wurde, das Endziel wurde jedoch nicht erreicht. Zahlreiche Rüstungskontrollverträge, die zur Umsetzung des Atomwaffensperrvertrages notwendig sind, wurden, insbesondere von den Westmächten, im Laufe der Zeit gekündigt.

Aus diesem Grund wurde von der „Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen“ (ICAN), einem weltweiten Bündnis von Nichtregierungsorganisationen, ein weiterer Vertrag initiiert, der „Atomwaffenverbotsvertrag“. Am 07.07.2017 haben von den 193 UN-Staaten 122 für die Verabschiedung des Atomwaffenverbotsvertrages gestimmt. Allein die Niederlande haben dagegen gestimmt, Singapur hat sich enthalten.



Eine sichere Welt ohne Atomwaffen. Dafür setzen wir uns ein. In Deutschland und zusammen mit Millionen Menschen weltweit. Erfahre mehr und unterstütze uns: www.atomwaffenfrei.de



Die Resolution zum Atomwaffenverbotsvertrag in der UN-Vollversammlung wurde am 7. Dezember 2020 von 130 Staaten unterstützt, 42 Staaten stimmten dagegen und 14 enthielten sich der Stimme. Bis Stand 1. Oktober 2024 haben 94 Staaten den Verbotsvertrag unterzeichnet, 73 Staaten haben ratifiziert bzw. sind beigetreten. Der Verbotsvertrag ist am 22. Januar 2021 in Kraft getreten. Die Atommächte und die NATO-Staaten schlossen sich dem Vertrag nicht an.

Die Kriegsvorbereitung vor allem der EU und insbesondere Deutschlands auf einen großen Krieg gegen Russland hat in den letzten Monaten eine dramatische und beängstigende Geschwindigkeit erreicht. Die Äußerungen des Bundeskanzlers Friedrich Merz zum Einsatz der Taurus-Raketen verdeutlichen die Brisanz dieser Eskalationsspirale. Die BRD hat diesem wahnsinnigen Ansinnen der Stationierung von Mittelstreckenraketen im Jahr 2026 zugestimmt. Dadurch würde sich die Sicherheitssituation für die Russische Föderation entscheidend verschlechtern, ein nicht zu kalkulierendes Sicherheitsrisiko, da sich die Reaktionszeit auf ca. 10 Minuten verkürzen würde. Diese US-Mittelstreckenraketen bedrohen in Russland zentrale strategische Ziele - und das von Deutschland aus. Denn hier ist die Kommandozentrale.



Das Konzept für diese Waffen wurde seit 2017 entwickelt. Es ist also keine Reaktion auf den Ukraine-Krieg. Um diese Waffen legal entwickeln zu können, musste der INF-Vertrag gekündigt werden.

„NEIN“ zu diesen Mittelstreckenraketen ist eine zentrale Forderung der Friedensbewegung und der Unterschriftensammlung unter den Berliner Appell. Ein Atomkrieg, der mit aller Wahrscheinlichkeit die Menschheit vernichten würde, rückt in den Bereich des Möglichen. Lassen wir das nicht zu!

Wie wichtig auch der Diskussions- und Aufklärungsbedarf unter der jungen Generation ist, zeigt eine landesweite Umfrage. Sie ergab, dass die Mehrheit der 18- bis 25-Jährigen die Meinung vertritt, dass die BRD über Atomwaffen verfügen sollte.

Neben vielen anderen bundesweiten lokalen Initiativen und Gruppierungen hat sich die Kampagne „FRIEDENSFÄHIG statt erstschlagfähig: Für ein Europa ohne Mittelstreckenwaffen!“ gegründet. Sie ist ein Zusammenschluss von derzeit rund 50 zivilgesellschaftlichen Mitgliedsorganisationen und weiteren Partnerorganisationen. Getragen wird die Kampagne vom bundesweiten Aktionsbündnis „atomwaffenfrei.jetzt“ Nähere Infos unter: friedensfaehig.de

Der Verein Friedensglockengesellschaft Berlin e. V. und der Deutsche Friedensrat e. V. sind Mitglieder dieses Bündnisses und unterstützen aktiv die o. g. Kampagne.

ATOMWAFFEN ABSCHAFFEN 80 Jahre Hiroshima und Nagasaki



Hiroshima, 6.August 1945: die japanische Stadt Hiroshima wird durch eine Atombombe von den USA zerstört.

Nagasaki, 9.August 1945: die japanische Stadt Nagasaki wird durch eine weitere Atombombe von den USA zerstört.

Hunderttausende Menschen starben sofort. Hunderttausende Menschen litten zum Teil Jahrzehnte lang.

Aufruf von Hibakusha

(Hibakusha: japanischer Begriff für die Atombombenopfer)

Schaut mir ins Gesicht und auf die Hände
Lasst die anderen Menschen der Welt
Und die Nachkommen der folgenden Generationen
Keinen einzigen Menschen je
Erleben, was wir Hibakusha gelitten
Diesen Tod und diese Qual
Durch Atomkrieg
Das sagen wir Hibakusha immer wieder
Solange wir am Leben bleiben
Nie wieder Hiroshima
Nie wieder Nagasaki
Nie wieder Krieg
Nie wieder Hibakusha

Rede von Senji Yamaguchi, Vorsitzender des Hidankyo, dem Verband japanischer Atombombenopfer, auf der 2.UNO-Sondersitzung für Abrüstung, Juni 1982

* In eigener Sache *

Noch ein Wort zu ISOR aktuell: Sicher ist euch schon das neue Outfit aufgefallen. Aber nicht nur das Äußere hat sich geändert – wir, das Redaktionskollektiv (Anja Mewes, Steffen Haupt, Bernd Gnant und Gerdt Puchta), bemühen uns, die Auswahl der Beiträge so vorzunehmen, dass die Zeitung als informativ und abwechslungsreich empfunden wird. Leider können wir des Öfteren einzelne Beiträge, oft wegen ihres Umfangs, nicht in die ISOR aktuell übernehmen und schieben diese vor uns her, in der Hoffnung, sie in einer der nächsten Ausgaben unterbringen zu können. Wir werden diese mehr und mehr auf die Website von ISOR stellen. Voraussetzung dafür ist aber die Neugestaltung der Homepage. Sie ist veraltet und bedarf dringend einer Auffrischung und Anpassung an die jetzigen Erfordernisse. Wir rechnen damit, dass die neue Internetseite dann im 3. Quartal fertig gestellt sein wird. Dann wird es sich lohnen, diese zumindest einmal monatlich zu besuchen.

Hier die Internetadresse:
www.isor-sozialverein.de

Gerdt Puchta

* NEUES VOM RUNDEN TISCH RENTENGERECHTIGKEIT *



An
Bundesminister der Finanzen,
Herrn Lars Klingbeil,
Wilhelmstraße 97, 10117 Berlin

Bundesministerin für Arbeit und Soziales,
Frau Bärbel Bas,
Wilhelmstraße 49, 10117 Berlin

Dresden, den 03. Juni 2025

35 Jahre „Wiedervereinigung“ - Endlich Gerechtigkeit auch für Ostrentner

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Bas,
sehr geehrter Herr Bundesminister Klingbeil,

seit vielen Jahren kämpfen die Ostrentner, insbesondere die Angehörigen mehrerer ostdeutscher Berufe und Personengruppen gegen die grundgesetzwidrige Abkennung ihrer gesetzlichen Renten- und Zusatzversorgungsansprüche durch die Bundesrepublik. Entgegen früheren eindeutigen Wahlversprechen der SPD (vor der Bundestagswahl 2013 im Wahlprogramm vom 24. Nov 2012 und bereits einem früheren SPD-Antrag für den Bundestag (Drucksache 17/6486 vom 06.07.2011) dass allerdings nichts zu tun zu haben schien, um das Urrecht gegenwärtiger ostdeutscher Renten- und Zusatzversorgungsansprüche zu schützen, auch wenn der entsprechende Gesetzesentwurf vom 2017! Olaf Scholz' Kabinett offenbar erklärt hat, dass er unser Anliegen habe, ob er noch nicht einmal etwas getan, um wenigstens einen befriedenden „Gerechtigkeitsfonds“ auf den Weg zu bringen, den wir bereits am 12.09.2019 bei der Beratung mit der Bünd-Länderarbeitsgruppe „Härtefallfonds“ im BMAS vorschlagen haben. Durch diesen sollten – ohne Ausschlusskriterien – die von der grundgesetzwidrigen Entgleisung ihrer Ansprüche Betroffenen, wenigstens eine Entschädigung bekommen, die nur einen kleinen Teil der entgangenen Rentenleistungen betrugen hätte. Deswegen hatten wir auch mit Schreiben vom 29. August 2024 Bundeskanzler Scholz angeschrieben. Dabei hatten wir auch die Frage gestellt, warum in der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr die gesetzliche Renten- und Zusatzversorgung der Angehörigen in der DDR erworben werden kann. Es ist bekannt, dass ehemalige Angehörige der Waffen-SS und anderer Verbrennerorganisationen des Naziregimes nach dem G-131-Gesetz und dem Bundesversorgungsgesetz seit den 1950er Jahren bis heute Alters- und Kriegsfolgermentalien beziehen, ohne dass ausreichend geprüft wird, ob sie Kriegsverbrechen begangen und gegen Grundsätze der Menschlichkeit und Rechtsstaatlichkeit verstößen haben. Die Verschwendungen von Steuergeldern für NS-Täter ging sogar im wiederentstandenen Deutschland nahtlos weiter und wurde auch auf die neuen Bundesländer und die ehemaligen Sowjetrepubliken (Litauen, Lettland, Estland, Ukraine) und andere osteuropäische Länder für die Kollaboration der Waffen-SS ausgedehnt.

An die
Stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende
Frau Perta Köpping
Wilhelmstraße 141
10963 Berlin

Dresden, den 04. Juli 2025

Transparenz und Teilhabe
nach 35 Jahren „Wiedervereinigung“
- Endlich Gerechtigkeit auch für alle Ostrentner-
für die Berufs- und Personengruppen der ehemaligen DDR.

Sehr geehrte Frau Köpping, liebe Petra,
zu Deiner Wahl als Stellvertretende Parteivorsitzende der SPD gratuliert Dir der Vorstand unseres Vereins „Runder Tisch Rentengerechtigkeit“ herzlich.
Wir, die beiden Vorsitzenden unseres Vereins, sind SPD-Mitglieder.
Wir hoffen, dass Du als stellvertretende SPD-Vorsitzende erfolgreich sein wirst, zumal wir eine stark ostdeutsche Stimme in der SPD brauchen.

Liebe Petra, unterstützt uns auch weiterhin im Kampf um Gerechtigkeit.
In der Antrittsrede von Bärbel Bas auf dem SPD-Parteitag wurde von Solidarität gesprochen: „Es muss mehr Solidarität geben, auch zwischen OSS und WESSI“.

Dieses Gefühl haben wir selten erleben dürfen, wenn es um unsere Sache geht, um Gerechtigkeit, um die Schaffung eines „Gerechtigkeitsfonds“, da bekanntlich der Härtefallfonds unser Problem nicht gelöst hat, im Gegenteil, es wurde neue Ungerechtigkeit geschaffen!

Wir möchten Dich bitten, uns Anliegen mit ganzer Kraft zu unterstützen.
Wir fügen dem Schreiben 5 Anlage bei. Unter anderem ein Schreiben an die SPD-Vorsitzende Bärbel Bas.

Über eine baldige positive Antwort würden wir uns sehr freuen.

Mit freundlichen Grüßen

Dietmar Polster

gez.: Dr. Klaus-Dieter Weißborn

Die Briefe sind zu finden auf der Internetseite: www.isor-sozialverein.de

Ein Irrtum der Redaktion hat für Bestürzung in der Ausgabe 7/2025 gesorgt: Lothar Tyb'l ist nicht verstorben, sondern bei altersgerechter Gesundheit! Wir bitten herzlich um Verzeihung für diesen Fehler.

Vorstandssitzung 23.07.2025

1. In den Berichten der Landesbeauftragten konnte darauf verwiesen werden, dass es besser gelungen ist, offene organisatorische Fragen in den TIGs zu lösen. Im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen 2026 sind die Anstrengungen weiter zu erhöhen, Mitglieder zu gewinnen, die bereit sind, Funktionen und Verantwortung für unseren Verein und die Mitglieder zu übernehmen.

2. Die Beratung des Vorstandes befasste sich mit der Weiterführung von Maßnahmen und Initiativen des Kampfes gegen das Rentenunrecht. Es werden sowohl mögliche juristische Ansatzpunkte als auch Aktivitäten des politischen Kampfes weiterverfolgt. Dazu wird die Einberufung einer Arbeitsgruppe zur Prüfung neuer Aspekte der Fortführung des juristischen Kampfes angeregt, mit dem Ziel, diese neuen Aspekte zu bewerten und zu entscheiden, ob eine Weiterführung juristischer Maßnahmen erfolgreich sein kann. Zur Weiterführung des politischen Kampfes gilt es, das in den TIGs vorhandene Potenzial der persönlichen und öffentlichen Hinwendung zu Abgeordneten des Bundestages, der Landtage und bis hin zu den kommunalen Parlamen-

ten in den Territorien zu nutzen, um unse- ren Forderungen nach Rentengerechtigkeit Nachdruck zu verleihen und das Rentenun- recht in den Parlamenten und bei den Ab- geordneten stärker öffentlich zu machen. Dazu werden den TIGs schriftliche Ori- entierungen zur Verfügung gestellt. In dieser Hinsicht gilt es, die begonnen Aktivitäten weiter fortzusetzen (siehe Information zur Vorstandssitzung Mai). In dieser Hinsicht ist auch mit dem Runden Tisch Rentenge- rechtigkeit enger zusammenzuwirken.

3. Zur Vorbereitung der Vertreterkonferenz für die Wahl des Vorstandes 2026 weitere Festlegungen getroffen. Dies betrifft die terminliche Planung, den Ort der Veranstal- tung, die satzungsgemäße Einladung der TIGs sowie erste personelle Vorstellungen zu den Vorbereitungsmaßnahmen. In die- sem Zusammenhang wurde entschieden, die 2022 erstellte Dokumentation verdienst- voller Verstorbener unseres Solidarvereins weiterzuführen. Die Vorsitzenden der TIGs werden dazu informiert.

4. Der Vorstand befasste sich mit einer In- formation von Bernd Hartmann zu den Ergebnissen der Finanzarbeit im ersten Halbjahr, zum Finanzplan 2025 und be- schloss eine neue Beitrags- und Spenden-

ordnung, die den TIGs schriftlich zugestellt wird. Der Vorstand konnte feststellen, dass die positive Tendenz der Konsolidierung unserer Finanzen anhält sowie weitere Einsparpotenziale erschlossen wurden und werden, so dass die Arbeit des Vereins auch unter abnehmenden Mitgliederzahlen ge- sichert ist.

5. Der Vorstand befasste sich mit der internationalen politischen Lage und der Ent- wicklung der Politik in der BRD. Es wurde darauf verwiesen, dass diese Entwicklung im Hinblick auf die wachsende Kriegs- gefahr sich immer mehr zuspitzt. Eine Vielzahl von aktuellen politischen Infor- mationen und Konferenzen stehen uns für die politische Orientierung und Meinungs- bildung der Mitglieder zur Verfügung und sind zu nutzen. Als aktuelles Beispiel wurde die internationale Konferenz des Schiller- Institutes hervorgehoben.

6. Für die Arbeit in der mit der GRH orga- nisierten Arbeitsgruppe Soziales konnte Florian Münter gewonnen werden. Der Vor- stand dankt Florian für seine Bereitschaft, aktiv in der AG mitzuarbeiten. Die Mitglie- der und TIGs sollten dieses Potenzial bei der Lösung sozialer Anliegen unserer Mit- glieder aktiv nutzen.



Am 28. August 1952 entstand in der DDR das Amt für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs.

1962 wurde sein Nachfolger, die Zollver- waltung der DDR gegründet, die bis zum 3. Oktober 1990 dem Ministerium für Außenhandel unterstand.

Der Vorstand von ISOR und die Redak- tion von ISOR aktuell grüßen alle Angehöri- gen der Zollverwaltung zu ihrem Ehrentag und danken ihnen für ihren Einsatz für den Schutz der Errungen- schaften unseres sozialistischen Vater- landes, der DDR.

Was bleibt, wenn wir einmal gehen? Die Spuren, die ein Leben im Tod hinterlässt

Der Tod ist ein unausweichlicher Teil des Lebens. Doch während das Leben eines Menschen endet, hinterlässt es Spuren, die weit über den physischen Tod hinausreichen. Diese Spuren mani- festieren sich auf vielfältige Weise und beeinflussen die Lebenden, die Gemein- schaft und die Gesellschaft als Ganzes. Vor ein paar Tagen sprach eine Witwe, währen eines Trauergespräches über ih- ren Mann: „... aber er war stolz auf seine Arbeit, warum kann ich das nicht sagen?“ Wir müssen es wieder lernen, uns zu kümmern, uns zu unterstützen und zu helfen. Aber wir müssen es auch lernen, mit Stolz zurück zu blicken.

Jahrzehnte hat sie ihrem geliebten Mann den Rücken freigehalten. Sie hat die Kof- fer gepackt, wenn sie umzogen, sie hat die Freunde zurücklassen müssen, die Kin- der haben die Arbeit von Vati geachtet, in der Schule hat man darüber gesprochen, Vati hat auch Muttis Arbeit unterstützt und gemeinsam gingen sie diesen Weg vol- ler Stolz und Überzeugung - was soll daran schlecht sein? Warum soll diese Gera- dlinigkeit, diese Ehrlichkeit, diese Zuverläs- sigkeit verschwiegen werden, sie gehörte doch einfach zu ihm.

Der Tod markiert das Ende eines Lebens, aber er löscht nicht die Spuren, die ein Mensch hinterlässt. Die Hinterlassenschaften eines Lebens in Tod sind vielfäl- tig und tiefgründig. Sie manifestieren sich auf verschiedene Weise, sowohl materiell als auch immateriell.

Zunächst sind da die physischen Spuren. Das sind die Dinge, die eine Mensch er- schaffen hat, sei es ein Werkstück, ein Kun- stwerk oder eine Erfindung. Diese mate- riellen Hinterlassenschaften sind greif- bare Erinnerungen an die Existenz einer Person. Sie können über Generationen hinweg weitergegeben werden und tragen so das Erbe eines Individuums weiter. Bü- cher, Häuser, Gärten - sie alle erzählen die Geschichte ihrer Schöpfer und dienen als dauerhafte Zeichen ihrer Anwesenheit.

Ebenso wichtig sind die immateriellen Spuren, die oft noch länger nachhalten. Die Erinnerungen und Geschichten, die in den Köpfen der Hinterbliebenen weiter- leben, formen ein unsichtbares Netzwerk der Verbindung und des Gedenkens. Die Werte, Lehren und Weisheiten, die eine Person vermittelt hat, beeinflussen das Denken und Handeln derjenigen, die



zurückbleiben. Diese unsichtbaren Fäden weben ein komplexes Geflecht, das das soziale und emotionale Gefüge einer Gemeinschaft prägt.

Ein weiterer wichtiger Aspekt sind die menschlichen Beziehungen, die ein Mensch im Laufe seines Lebens geknüpft hat. Freundschaften, Partnerschaften, Eltern-Kind-Beziehungen - all diese Verbindungen hinterlassen tiefe Eindrücke. Menschen erinnern sich an Gesten der Freundlichkeit, an Momente des Beistands und an die Liebe, die sie erfahren haben. Diese Beziehungen formen die Identitäten und das Selbstverständnis der Hinterbliebenen, sie beeinflussen, wie Menschen die Welt sehen und mit anderen interagieren.

Auch die persönlichen und beruflichen Beiträge, die jemand geleistet hat, sind Teil des Vermächtnisses. Die Art und Weise, wie eine Person ihre Arbeit ausgeführt hat, die Innovation und Verbesserungen, die sie eingebracht hat, all das hinterlässt bleibende Spuren. Diese Beiträge können Branchen verändern, das Leben anderer Menschen verbessern und sogar die Gesellschaft als Ganzes voranbringen.

Schließlich hinterlässt jedes Leben auch spirituelle und philosophische Spuren. Die Fragen, die ein Mensch gestellt hat, die Antworten, die er gefunden hat und die Überzeugungen, die er vertreten hat, können anderen als Wegweiser dienen. Sie inspirieren zur Reflexion und zum Nachdenken über das eigene Leben und den eigenen Platz in der Welt.

Insgesamt zeigen Spuren, die ein Leben im Tod hinterlässt, die Vielschichtigkeit der menschlichen Existenz. Sie erinnern uns daran, dass jeder Mensch, unabhängig von seiner Lebensdauer, einen unauslöschlichen Abdruck in der Welt hinterlässt. Diese Spuren sind Zeugnisse der Einzigartigkeit jedes Individuums und eine Quelle der Erinnerung, des Lernens und der Inspiration für die kommenden Generationen.

Meine Aufgabe ist es, einen Teil dieser Erinnerungen, im Trauergespräch zu erhalten, Spuren zu setzen, den Hinterbliebenen zu verdeutlichen: sei stolz auf sein Leben, denn er hat es bewusst so gewählt.

**Florian Münter, TIG Hellersdorf
Bestattungsfachberater**

*Der Artikel wurde redaktionell gekürzt.
Wer Kontakt in Bestattungsfragen zu ihm aufnehmen möchte, kann sich gern an die Redaktion wenden.*

Ehrendes Gedenken Dr. Richard Sorge

Am 22. Juni diesen Jahres fanden sich wie üblich Unterstützer und Sympathisanten der Chemnitzer Initiativgruppe Erinnerungsort Dr. Richard Sorge am Gedenkstein ein. Vertreter der ISOR TIG und des Revolutionären Freundschaftsbundes e.V. legten am Vormittag nicht nur Blumenschmuck ab, sondern nutzten das vereinbarte Zusammentreffen ebenso für einen Gedankenaustausch.

Vielen Vereinsmitgliedern waren neben eindrucksvollen Begegnungen zur Erinnerung an der Tag der Befreiung und des Sieges, auch an anderen Orten in Sachsen und Deutschland mit Angehörigen des russischen Volkes, umso mehr Versuche einer geschichtsverzerrenden Umdeutung der Kapitulation von Nazi-Deutschland und der Rolle der sowjetischen Befreier schmerzlich in Erinnerung. So regte der Vorsitzende der TIG Chemnitz Peter Eichler an, auf diese ständigen neuen Versuche aufmerksam zu machen. Neben der Gleichsetzung Nazi-Deutschlands mit der Sowjetunion in der Verantwortung für die Auslösung der damaligen größten Katastrophe der Menschheitsgeschichte, mit dem Beginn des 2. Weltkrieges, werden gerade in diesen Tagen junge Menschen einseitig damit konfrontiert, dass allein die westlichen Alliierten der Garant für einen freiheitlichen demokratischen Neuanfang aus den Trümmern des untergegangenen „Dritten Reiches“ waren, abgesehen vom dabei unterschlagenen hohen „Blutzoll“ des russischen Volkes.

Solidarität mit Kuba, eine Herzenssache!

Der Aufruf der TIG Kühlungsborn in der „ISOR aktuell“ vom Dezember 2024 zur Spendenaktion mit Kuba fand in unserer TIG große Zustimmung. Wir fassten als Vorstand dazu einen Beschluss und warben bei den Mitgliedern um eine breite, freiwillige Beteiligung. Als Grundlage für diese solidarische Aktion gaben wir unseren Mitgliedern in einer TIG-Information Argumente und Hinweise über den heldenhaften Kampf des kubanischen Volkes gegen die menschenverachtende Embargo-politik der USA sowie zu den Auswirkungen mehrerer Naturkatastrophen, die das Land im vergangenen Jahr heimsuchten.

Ende Juni schlossen wir unsere Spendenaktion ab. An ihr beteiligte sich eine große Anzahl von Mitgliedern, aber auch Familienangehörige, Partner und Sympathisanten unseres Sozialvereins. Wir konnten mit Stolz den Betrag von 1.375,80 € auf das Solidaritätskonto Kubas überweisen. Wir danken allen Beteiligten, die geholfen haben,

Diese nachträglichen Deutungen sind aus unserer Sicht leicht durchschaubar:

Der 1949 antifaschistisch geschaffenen DDR wird jede Legitimation abgesprochen, die Gründung und Entwicklung im Sinne der Gegner von Faschismus und Krieg vollzogen zu haben. Dies war auch beim „Gedenken an den Volksaufstand vom 17. Juni“ in der Stadt sichtbar, das dafür benutzt wurde, demokratische Tugenden heraufzubeschwören.

Eine Anregung unter den Anwesenden bestand darin, Vertreter der für den Bundestag demokratisch gewählten Parteien und institutionellen Erinnerungskultur unablässlich anzumahnen, die „Machtübergabe“ an die Nazis 1933 als Grunderfahrung anzunehmen. Das wird ohne „Schulterschluss“ mit anderen antifaschistisch gesinnten Mitstreitern nicht möglich sein.

Unter den Vertretern der Vereine, die sich neulich bei Richard Sorge trafen, wird bemerkt, dass Aktivitäten von neonazistischen und rechtsextremen Parteien und Gruppen, auch in der Stadt, an ideologische Muster der Nazis erinnern, aber auch nicht sofort als solche durchschaubar sind. Dazu wird Wissen benötigt.

Es bestand Einigkeit, traditionsgemäß im Alltag der forcierten Aufrüstung nicht auf den Zusammenhang von faschistischer Ideologie und Krieg verzichten zu können, gerade bei Richard Sorge und Ernst Thälmann nicht.

Peter Blechschmidt, TIG Chemnitz

dieses Ergebnis zu erreichen. Wir Mitglieder der TIG Leipzig stehen zur lebendigen Solidarität und sind der festen Überzeugung, dass es zur Solidarität im Kampf für Frieden und soziale Gerechtigkeit, insbesondere im Kampf gegen das Rentenunrecht keine Alternative gibt.

**Gerald Böhm
Vorsitzender der TIG Leipzig**

Spenden für Opfer des Hurrikans „Oskar“ in Kuba

Mit einem Beschluss des Vorstandes hat sich die TIG Berlin-Treptow dem Aufruf der TIG Kühlungsborn zur Solidarität mit den Opfern des Hurrikans „Oskar“ am 20. Oktober 2024 in Kuba angeschlossen. Über die Gruppenbetreuer wurden bis heute insgesamt 1219 € Spenden gesammelt und an das Netzwerk Cuba e.V. überwiesen. Wir danken allen Spendern für ihre Solidarität.

Vorstand, TIG Berlin Treptow

Wer jetzt noch nicht schnallt, wozu diese Regierung fähig „glaubt zu sein“, hat den freien Fall dieses Landes immer noch nicht erkannt.

Unsere Kinder und Enkel bekommt diese Bundeswehr NICHT!

„Unterwegs zu meinen Stärken“ - liest man am 28.06.2025 auf hunderten Flecktarnrucksäcken, die besonders gern von Kindern und Jugendlichen am sog. „Tag der Bundeswehr“ auf dem Gelände der Hans-Arno-Eckelmann-Kaserne, jetzt Tollense-Kaserne, getragen werden. Alles, was von der Bundeswehr aus selbst weit entfernten Standorten zusammengekarrt wurde, ist hier aufgeboten. Ob Jugendoffiziere und Karrierebasis zum Anwerben junger Menschen, Tarnfleck-Hüpfburg, Hundeshow, Kletterwände und Trampolin, aber auch der Sandkasten für Kinder, wo man schon mal auf Minensuche gehen kann. Alles wird getan, im Kleinkindalter beginnend und von begleitenden Eltern wohlwollend oder teils nichtwissend oder nichtsahnend geduldet, um auf lange Sicht Soldaten zu bekommen. Denn das ist ja seit vielen Monaten händeringend erklärt Ziel „der Verantwortung darstellender und spielender deutscher Politiker“.

Die Tageszeitung „Nordkurier“ überschreibt dieses so öffentlichkeitswirksam brachial inszenierte Spektakel mit „Szenen wie im Krieg: Neubrandenburg wird kurzzeitig zum Schlachtfeld!“ Und das kann man dann auch live erleben. Nach dem Motto von Major Marcel Folkens: „Für uns ist heute wichtig, einfach die Türen aufzumachen und zu zeigen, was es heißt, zu dienen.“

Und dann geht's los. Waffen wie Panzerhaubitze 2000, Mars II, Patriot, Leopard, Marder, Puma, usw ... sind zum Anfassen nah. Man könnte denken, wie im Zoo bei den Raubkatzen, aber die dort sollte man besser nicht anfassen. Aber hier - was kann da schon passieren, alles friedlich, viel Platz in

diesen Fahrzeugen, Granaten überall, aber „ungefährlich“. Man kann auch direkt in einem schnell mal ausgebaggerten Schützengraben erleben, wie eine Front simuliert wird, die der dort abgestellte „Erklär-Soldat“ als Gefechtsromantik beschreibt und so verkauft. Toll schwärmt auch ein anderer Soldat von „seinem Mars-II-Raketenwerfer“ mit der Minenrakete AT 2. Man „kaufst sich in Schweden oder Amerika zum Schießen ein, um hier in Deutschland nicht den Luftraum zu sperren, um den Mallorca-Flieger nicht zu gefährden ... und die Übungsschießen in Bergen oder Putbus erfolgen nur mit der M-28 (Rauchkörpergeschoss), die sich in der Luft zerlegt, so ein bisschen wie zu Silvester. „Toll vor allem für die Männer, werden die Motorleistung von 500 PS und die 617 Liter Diesel erwähnt. Bei dem Verbrauch wird dann mal kurz die EC-Karte durchgezogenkleiner Lacher.... Aber das sieht man ja bei der Bundeswehr nicht, man hat ja dort eigene Tankstellen. Mit der Tankfüllung kommt man dann 300 Kilometer.“ So mal die lockere Beschreibung einer gefährlichen Waffe vom Experten!

Und siehe da, man kann als Kind auch mit Schützenpanzern mitfahren. Natürlich mit einem coolen Helm, versteht sich. Die Gefechtsromantik wird noch echter, wenn die Schützenpanzer rollen, Drohnen durch die Luft schwingen, Rauchwolken, Pyroladungen und durch Tontechnik imitierte Explosionen das Bild abrunden. Und dazu auch noch zwei Eurofighter und drei A-400 M, die auch zeigen sollen, dass es eine deutsche Luftwaffe mit einsatzbereiten Waffen gibt. Beim Durchatmen bleibe ich plötzlich an einem Denkmal stehen. Dort sind als Skulptur die „falschen Soldaten“ in dieser Kaserne dargestellt. Ein Soldat der NVA und ein sowjetischer Soldat mit ihren Ka-

laschnikows. Eine Erinnerung an das Manöver „Waffenbrüderschaft“. DIESE Zeit behalte ich in meiner Erinnerung. Angefangen bei den Gründern der Bundeswehr, den Alten Kameraden, faschistischen Idolen und Kriegsverbrechern und auf der anderen Seite die ersten Führungskräfte der NVA - Vertreter der Arbeiterbewegung und ehrliche Kämpfer gegen den Faschismus und für Frieden und Völkerverständigung. Daraus resultierend die Militärdoktrinen und die logischerweise völlig unterschiedlichen Motive für den Dienst an den Waffen. An diesem 28.06.2025 wird auch dieser Vergleich deutlich. Mit einer Reihe von Soldaten ist man heute im Gespräch. Nach Motiven und Perspektiven ihrer Tätigkeit in der Bundeswehr, aber auch Ursachen der gegenwärtigen Brisanten internationalen Lage gefragt, machen sie z. T. sehr unterschiedliche bzw. oberflächliche Angaben. Zum einen erwähnen sie noch die restlichen Dienstzeitjahre, sind mit dem monatlichen Gehalt als ihre Motivation zufrieden, lassen aber wenig erkennen, wie konkret eine Zukunft bei der Bundeswehr für sie aussieht. Ich bin sehr erschüttert, wie auf der einen Seite Interessen junger Leute an einer beruflichen Zukunft bei der Bundeswehr gezielt genutzt werden, die Gefahr aber für ihr eigenes Leben bei der Umsetzung einer verfehlten friedenssichernden Politik der letzten und gegenwärtigen Bundesregierungen, geschickt ausgeblendet wird. Ich bin entsetzt, auf welch niedrigem Niveau versucht wird, gegenwärtig junge Menschen zu gewinnen, die sich der Konsequenzen dieses Dienstes gar nicht bewusst sein können. Denn dieser hier geschilderte Tag gibt kein realistisches Bild dieser im Moment der Bevölkerung verkauften Bundeswehr.

Harald Radtke, Neubrandenburg

Soldatendenkmal



Motiv: „Waffenbrüderschaft“

Das „Soldatendenkmal“ wurde wahrscheinlich noch vor 1979 durch die Politische Hauptverwaltung der Nationalen Volksarmee (NVA) und den Militärbezirk V der NVA in Auftrag gegeben.

Es symbolisiert die Waffenbrüderschaft zwischen den Streitkräften der DDR und der UdSSR. Das Soldatendenkmal stellt zwei ein Hindernis überwindende Soldaten dar. Die Helmformen lassen erkennen, dass es sich bei dem links dargestellten Soldaten um einen Angehörigen der NVA der DDR, bei dem rechts dargestellten Soldaten um einen Angehörigen der Roten Armee der UdSSR handelt. Künstler: Bildhauer Prof. Karl-Heinz Schamal (1929-2018). Bronze und Sockel verfügen über keine erkennbaren Insignien oder Hinweise auf den Künstler, Aufstellungs- bzw. Einweihungsjahr. Die

Aufstellung erfolgte vermutlich 1979 in der damaligen „Hans Arno Eckelmann-Kaserne“ während eines deutsch-sowjetischen Freundschaftstreffens zur Waffenbrüderschaft zwischen NVA und Roter Armee. Das Soldatendenkmal besteht aus einer Bronze sowie einem quadratischen Sockel. Die Bronze ist ohne Sockel ca. 278 cm hoch und 160 cm breit. Der Sockel besteht aus Beton und ist verkleinert. Er ist ca. 83 cm hoch und ca. 130 cm breit und lang.

Das Soldatendenkmal ist aufgenommen in die Denkmalliste der Stadt Neubrandenburg.

Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e. V.

SCHLUSS MIT DEM VÖLKERMORD AN DEN PALÄSTINENSERN! STOPPT DIE KRIEGSTREIBER ISRAELS!

Dem palästinensischen Volk wird seit Jahrzehnten sein Recht auf einen eigenen souveränen Staat verwehrt. Entgegen bindenden UNO-Resolutionen. Durch Kriege und eine aggressive Siedlungspolitik haben rassistische Regierungen Israels die räumlichen und wirtschaftlichen Existenzbedingungen der Palästinenser immer weiter eingeschränkt. Ca. zwei Millionen Menschen leben unter ghettoartigen Bedingungen auf einem schmalen Küstenstreifen in Gaza.

Diese Politik hat das rassistische Netanjahu-Regime nunmehr bis zum Völkermord eskaliert. Seit Monaten führt Israel den totalen Krieg gegen ein ganzes Volk. Die Zahl der Toten beläuft sich auf weit über 50 000, zumeist Zivilisten – Kinder, Frauen, alte Menschen. Gaza wird dem Erdboden gleich gemacht. Wohnhäuser, Gesundheits- und Bildungseinrichtungen, die gesamte Infrastruktur zerstört. Hunger, Krankheit, Vertreibung bestimmen heute das Leben der Bevölkerung. Und ein Ende ist nicht abzusehen. Trotz weltweiter Proteste und Appelle, auch der UNO.

Die imperialistischen Staaten tolerieren diese menschenfeindliche Politik Israels, entschuldigen oder unterstützen sie sogar. Deutschlands Staatsräson verkündet weiterhin bedingungslose Treue zu diesem Staat. Nur halbherzig kritisiert die Regierung den Krieg und liefert weiter Waffen. Kritik und Protest gegen Israel werden als antisemitisch diffamiert, Solidarität mit den Palästinensern gewaltsam unterbunden und Aktivisten verfolgt.

Wir verurteilen die schwerwiegenden Völkerrechtsverbrechen Israels, die mit dem Überfall auf den Iran in der Nacht zum 13. Juni 2025 die Gefahr eines Krieges in der gesamten Region heraufbeschwören.

Wir erklären uns solidarisch mit dem gerechten Kampf des palästinensischen Volkes gegen den Genozid im Nahen Osten.

Wir unterstützen den Aufruf der Initiative „Nie wieder Krieg - Die Waffen nieder“ und der „Berliner Friedenskoordination“.

UNSERE FORDERUNGEN:

- Legt den israelischen Kriegstreibern das Handwerk!
- Stoppt den Völkermord an den Palästinensern!
- Keine militärische Zusammenarbeit und keine Waffenlieferungen an Israel!
- Keine Kriminalisierung der Palästina-Solidarität und von Friedensaktivisten sowie von Kritikern des israelischen Unrechtsregimes!

* * *

DEUTSCHLANDS KRIEGSWAHN STOPPEN! Deutschland bereitet sich auf einen Krieg gegen Russland vor, das vor 80 Jahren den entscheidenden Anteil am Sieg über den Faschismus und der Befreiung des deutschen Volkes hatte. Als Begründung muss eine angebliche Gefahr für die Bundesrepublik und den gesamten „Wertewesten“ herhalten. „Russland wird immer ein Feind für uns bleiben“, meint - geschichtsvergessen - Bundesaußenminister Wadephul.

Um das Land „kriegstüchtig“ zu machen, wird die ganze Gesellschaft auf Krieg getrimmt. Mit steigenden Rüstungsausgaben von bis zu fünf Prozent des BIP und unbegrenzten Kriegskrediten, mit einem kräftigen Wachstum der Rüstungsindustrie und mit modernen Waffensystemen. Für 2026 ist die Stationierung neuer US-Marschflugkörper, Flugabwehrsysteme und Hyperschallwaffen auf deutschem Boden geplant. Nach Bundeskanzler Merz soll die Bundeswehr stärkste konventionelle Armee Europas werden. Alles auf Kosten und zu Lasten der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Bedürfnisse der Menschen.

Um die Bevölkerung aber auch „kriegswillig“ zu machen, wird das umfangreiche Arsenal subtiler Methoden psychologischer Kriegsführung eingesetzt. Der „ewige Feind“ Russland wird in Politik und Leitmedien als verbrecherisch, aggressiv und unverbesserlich diffamiert. Gegen die Russen wird seit Jahren eine beispiellose Hetze betrieben, die an Goebbelsche Propaganda erinnert. Wer den vorgegebenen Narrativen nicht folgt, muss mit Konsequenzen rechnen. Mit Repression, Sanktion und Verfolgung. Fundamentale Grundrechte werden in ihr Gegenteil verkehrt. Humanismus wird zum terroristischen Verbrechen, wie die Verfolgung und die Haftbefehle gegen die Aktivisten der „Friedensbrücke“ Liane Kilinc und Klaus Koch beweisen. Meinungsfreiheit wird zum Meinungsdiktat, wie Hunderte von Verurteilungen wegen „Volksverhetzung“ und „Billigung eines Angriffskrieges“ zeigen. Informationsfreiheit ist abgeschafft, wofür die jüngsten Sanktionen gegen die deutschen Staatsbürger Thomas Röper und Alina Lipp Zeugnis ablegen.

Mit dem Recht der EU und deutscher Gesetzgebung und deren willkürlicher Anwendung und Auslegung wird ein System geschaffen, in dem Anpassung, Unsicherheit, Furcht, Bedrohung und Zwang jeglichen Widerstand brechen und die Menschen für Aufrüstung und Kriegsvorbereitung willig machen sollen.

Mit einer „freiheitlich demokratischen Grundordnung“, die laut Grundgesetz dem Frieden verpflichtet ist, hat das nichts gemein.

Stoppt diese Politik des Krieges nach innen und nach außen.

Schluss mit Waffenlieferungen an die Ukraine und in den Nahen Osten

Keine neuen US-Waffensysteme auf deutschem Boden.

Unsere Solidarität gilt allen Verfolgten dieses Unrechts.

**Mitgliederversammlung der GRH
Berlin, am 14.06.2025**

* * * LESERBRIEF * * *

AKTUELLES ZU DEM BUCH VON FRAU MERKEL „FREIHEIT“

Uns erreichten viele Zuschriften im Zusammenhang mit dem Erscheinen des Buches „Freiheit“ von Frau Merkel, insbesondere auf S. 203ff zu den unsachgemäßen Darstellungen in Bezug auf Bezieher von Sonder- und Zusatzrenten...

Joachim Bonatz hat daraufhin den Verlag angeschrieben und wider Erwarten eine Antwort vom kiwi-Verlag mit folgendem Inhalt erhalten (Auszüge):

... In Ihrem Schreiben weisen Sie darauf hin, dass die Formulierung aus der Autobiografie S. 203 derzu folge „die Bezieher von Sonder-

und Zusatzrenten aus der DDR diese auch in der Bundesrepublik erhalten“ nicht präzise genug sei, insbesondere mit Blick auf die ehemaligen Beschäftigten der Staatssicherheit. Wir bitten Sie um Verständnis dafür, dass in diesem Kapitel nicht der Raum sein kann, die Regelungen und Urteile zu diesem Komplex in ihrer Gänze darzustellen. Gleichwohl nehmen wir aber Ihren Brief gern als Anlass, die entsprechende Passage in der nächsten Auflage anzupassen.“

Martin Breitfeld/ Ilka Heinemann, Lektorat

Anmerkung Joachim Bonatz zum Antwortschreiben kiwi-Verlag:

„Offenbar durch Ghostwriter geschrieben, wurde der Brief an diese geleitet und durch

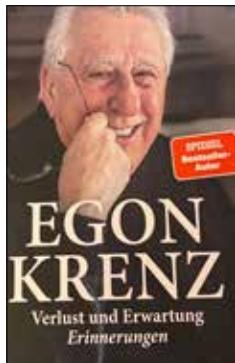
diese beantwortet. Ich habe nicht mit einer Antwort gerechnet und bin überrascht.

Die Frage, wie es bei einer Nachauflage im Text berücksichtigt wird, ist damit natürlich nicht mitgeteilt worden.

Höchstwahrscheinlich geht es dabei um das Spiel der Kostentragung einer Rentenzahlung überhaupt zwischen Rentenversicherung, Bund und Ländern an die Angehörigen der bewaffneten Organe der DDR (was auch gedanklicher Hintergrund des Textes von S. 203 sein wird) und nicht um die Rentenstrafe, die nach wie vor Bestand hat.

Es war und bleibt unser Ziel mit dem Brief Widerspruch gegeben sowie ein wenig Aufmerksamkeit auf die mehr als 30 Jahre andauernde Rentenstrafe gerichtet zu haben.“

Egon Krenz: Verlust und Erwartung



Gebundenes Buch: 26,- €
Herausgeber: Das Neue Berlin
ISBN: 978-3-360-02817-4,
Seiten: 384

Mit dem dritten Band seiner Memoiren schließt Egon Krenz seine Autobiografie ab. Darin nimmt er den Herbst 1989 in den Blick, als er Staats- und Parteichef wurde, seine Vertreibung aus dem Amt und der Wohnung, den Verlust seines Landes,

schließlich die juristischen Auseinandersetzungen einschließlich seiner Haft. Als die Republik vor 75 Jahren gegründet wurde, war er zwölf. Er hat sie nicht nur erlebt, sondern aktiv gestaltet. Als sie vor 35 Jahren unterging, verlor er mehr als nur seine Arbeit. Er reflektiert diese auch für andere Ostdeutsche sehr komplizierte Zeit. Und wie sie nimmt er die Gegenwart nicht teilnahmslos hin: Krenz ist der politische Mensch geblieben, der er immer war. Er ist ein einzigartiger Zeitzeuge deutscher Zweistaatlichkeit. Krenz überzeugt, weil er glaubwürdig ist. Seine Memoiren offenbaren die letzten Geheimnisse der DDR, die nur er noch kennt.

Rezension entnommen aus amazon

VERANSTALTUNGSHINWEIS

Buchlesung mit Egon Krenz in Cottbus

Der Bildungsverein RotFuchs e.V. Cottbus lädt herzlich am Sonnabend, **20. September 2025, von 10.00 – 12.00 Uhr**, zu einer öffentlichen Veranstaltung in der Gaststätte „Brandenburger Hof“ in Cottbus, Friedrich-Ebert-Str. 33, ein. Als Guest stellt

Egon Krenz sein neues Buch mit dem Titel „Verlust und Erwartung Erinnerungen“ vor.

Im Anschluss beantwortet er Fragen zu seinem Buch sowie aktuellen Themen. Eine Buchsignierung ist möglich.

Vorstand, TIG Cottbus



FRIEDEN MIT RUSSLAND

Konferenz des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden am 24. März 2025

Verlag: Deutscher Militärverlag-Antikriegsverlag, Berlin
Seitenzahl: 209
ISBN: 978-3-327-10003-5
16,00 Euro

Schriftsteller, Friedensaktivisten und Friedensforscher über die wachsende Gefahr eines globalen Krieges. Und dies insbesondere unter den Aspekten einer fortschreitenden Militarisierung der Sprache und der Politik in Deutschland. Statt friedensfähig sollen wir kriegstüchtig gemacht werden. Statt vernünftig mit den Nachbarn zusammen zu leben und zu arbeiten, werden erneut die Gespenster des Kalten Krieges reanimiert. „Der Russe“, der alte Erbfeind, beabsichtige angeblich das christliche Abendland zu erobern...

Zwei Jahre nach der Konferenz „Dialog statt Waffen“ lud das OKV neuerlich zu einer Tagung. Am Vorabend des 80. Jahrestages der Befreiung diskutierten zwei Dutzend Wissenschaftler, Militärs,

VERANSTALTUNGSHINWEIS

Die ISOR TIG Berlin-Lichtenberg 2 lädt ISOR-Mitglieder und Mitglieder der Volkssolidarität am 11. September 18.00 Uhr, in das Stadtteilzentrum Lichtenberg, Ruschestraße 43, 10367 Berlin, ein. Gezeigt wird das Theatersolo „Mein Überfall auf das Cöpenicker Rathaus 1906“. Ein Solo des Volksschauspielers Jürgen Hilprecht in der Rolle des Fried-

rich-Wilhelm Voigt. Er berichtet über den Hintergrund, den Tathergang seines Überfalls und sein Leben danach.

Karten zu bestellen über Betreuer oder Rolf Schmidt:

Tel.: 0157 - 35 19 19 61

Karte 10,00 € pro Person.

Rolf Schmidt, TIG Lichtenberg 2

IMPRESSUM

Vorsitzender:

Joachim Bonatz

Postanschrift:

ISOR e. V.
Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin

Herausgeber: ISOR e. V.

V.i.S.d.P: Steffen Haupt

Redaktion: Steffen Haupt
E-Mail: isor-aktuell-redaktion@t-online.de

Vertrieb: Peter Ott,

isor-berlin@t-online.de

Layout: Ulrike Schiga,
LibelleDeko

Herstellung:

Druckerei Gottschalk

Internet:
www.isor-sozialvereine.de

ISOR aktuell dient der

Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich Sinnwährende Kürzungen vor.

Redaktionsschluss: 22.07.2025

Print- und Internetausgabe:

05.08.2025

Redaktionsschluss der

nächsten Ausgabe: 19.08.2025

Geschäftsführerin: Anja Mewes

Di: 9-16 Uhr

Mi: nach telefon. Vereinbarung

Tel.: 030 297843-16

Fax: 030 297843-20

E-Mail: isor-berlin@t-online.de

Rente/Soziales: Peter Ott

Di: 8-15 Uhr

Tel.: 030 297843-15

E-Mail: isor-berlin@t-online.de

Schatzmeister und Statistik:

Bernd Hartmann (Home-Office)

Di: Termine im Büro

nach tel. Vereinbarung

Mi: 8-16 Uhr

Tel.: 03338-750 76 92

Fax: 03338-750 76 91

E-Mail: isor-finanz@t-online.de

Buchhaltung: Sonja Franz,

Mo-Do: 8-15 Uhr

Tel.: 030 297843-19

E-Mail: isor-finanz2@t-online.de

Bankverbind.: Berliner Sparkasse

IBAN:

DE43 1005 0000 1713 0200 56

BIC: BELADEBEXX

Versand ISOR-Aktuell per E-Mail:

isor-aktuell-versand@t-online.de